

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 08.06.2011	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat V Amt: Amt für Soziales und Prävention Jobcenter Darmstadt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	 Internetfähig Ja Nein ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2011/0250 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2011 des Jobcenter Darmstadt

Vorlage vom: 05.06.2011

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat nimmt das Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2011 des Jobcenter Darmstadt zu Kenntnis.

Anlagen: Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2011

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 05.06.2011

Mit dem Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2011 stellt das Jobcenter Darmstadt seine strategischen Ansätze für die arbeitsmarktpolitische Integrationsarbeit im Jahr 2011 dar. Es analysiert die regionale Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, stellt die Instrumente und Maßnahmen zur Zielerreichung vor und geht auf einzelne Zielgruppen ein. Alle Handlungen und Entscheidungen unterliegen der Beachtung der Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit.

Das Jobcenter Darmstadt strebt im Jahre 2011 ambitionierte Ziele an. Die positive Entwicklung des Jobcenters in 2010 soll fortgeführt und gefestigt werden.

Die enge Abstimmung des Integrations- und Arbeitsmarktprogrammes 2011 des Jobcenters mit der kommunalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie der Wissenschaftsstadt Darmstadt spricht für einen gut aufgestellten Handlungsrahmen zur Erhöhung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen.

Dabei ergänzen auch Länderprogramme die Maßnahmen des Jobcenter Darmstadt für eine verstärkte Förderwirkung oder sie ermöglichen zusätzliche Förderungen, insbesondere von besonders Benachteiligten am Arbeits- und Ausbildungsmarkt, die ansonsten nicht in dieser Intensität unterstützt werden können.

Dabei ist allerdings sehr kritisch anzumerken, dass die Förderoptionen für besonders benachteiligte Jugendliche und junge Arbeitslose aufgrund der drastischen Kürzungen im Ausbildungsbudget durch die Hessische Landesregierung eingeschränkt wurden. Die bereits verhandelte Zielvereinbarung musste um eine Kürzung von über 40 % (von geplanten 588.539 Euro auf 354.678 Euro, d.h. ein Minus von 233.861 Euro) für Darmstadt angepasst werden. Gespräche mit dem Hessischen Sozialminister führten bislang nicht zu einer Rücknahme der Kürzungen.

Gleichzeitig ist das Integrations- und Arbeitsmarktprogramm mit den ebenfalls überaus gravierenden finanziellen Einschnitten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales konfrontiert, die bis zu 30 % der bislang zur Verfügung stehenden Fördersumme für aktive Arbeitsförderung betragen.

Die von Bund und Land den Kommunen auferlegten finanziellen Kürzungen und die zu erwartenden inhaltlichen Zensuren aufgrund des vorgelegten Gesetzesentwurfes zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“, die insbesondere zu Lasten der Langzeitarbeitslosen im SGB II Bezug gehen werden, da nicht berücksichtigt ist, dass diese Zielgruppe spezielle Förderinstrumente benötigt, sind Problemlagen, die sich kurz- und mittelfristig auf die Gestaltungsmöglichkeiten des Jobcenters einschränkend auswirken.

Die strategische Verknüpfung von Sozial-, Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wird in Darmstadt als geschäftspolitischer Schwerpunkt sowohl im Jobcenter als auch im Rahmen der kommunalen Beschäftigungsförderung seit 2005 politisch explizit ausgewiesen. Diese Strategie

ist ebenfalls Bestandteil der kommunalen Jugendhilfe, Integrations- und Gleichstellungspolitik, basierend auf drei Prinzipien: Prävention, Partizipation und Sozialraumorientierung.

Für eine Realisierung dieser Prinzipien und damit der konsequenten Weiterförderung der Langzeitarbeitslosen müssen auch die finanziellen Mittel von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden. Die Kürzungen können kommunal nicht aufgefangen werden.

Das Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2011 ist Grundlage der Zusammenarbeit mit allen regionalen Akteuren auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und dient gleichzeitig als Handlungsleitfaden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenter Darmstadt. Es wurde im Mai 2011 von der Trägerversammlung des Jobcenter einstimmig beschlossen.

Darmstadt, 05.06.2011

Dezernat V

Jochen Partsch
Stadtrat